



Breites Bündnis für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit am 3. Oktober in Berlin

Foto: R. Adolph

Heraus auf die Straße gegen Sozialabbau und für Frieden! DIE LINKE. MOL beriet Aktionen im „heißen Herbst“

Ihre Beteiligung an den Protesten im „heißen Herbst“ berieten die LINKEN des Kreisverbandes Märkisch-Oderland am 15. Oktober in Prädikow. Gemeinsam wollen sie zu zentralen Kundgebungen fahren, um im breiten Bündnis mit Gewerkschaften und anderen Sozial-, Friedens- und Umweltverbänden lautstark gegen den massiven Sozialabbau und für eine schnelle Beendigung des Ukraine-Krieges zu demonstrieren. In der Beratung verwiesen RednerInnen darauf, dass es bei den Forderungen angesichts der katastrophalen Kri-

senpolitik der Ampel-Regierung um die Deckelung von Gas-, Kraftstoff-, Miet- und Lebensmittelpreisen sowie um die Beendigung des Sterbens in dem von Russland begonnenen Krieg durch baldige Verhandlungen, statt mit Waffenlieferungen gehe.

Außerdem forderten GenossInnen, sich bei Demonstrationen eindeutig von der rassistischen und nationalistischen AfD abzugrenzen.

Versammlungsteilnehmer schlugen zudem mehr Info-Stände sowie Gesprächsformate innerhalb

und außerhalb der Partei vor. Unter den Mitgliedern bestehe großer Redebedarf. Parteiinterne Diskussionen sollten aber parteiintern ausgetragen werden, um nicht ein weiteres Auseinanderdriften der LINKEN in die Bedeutungslosigkeit voranzutreiben. GenossInnen sollten vor allem bei den Menschen sein und sich für die Lösung ihrer Probleme einsetzen.

Noch auf der Beratung wurden Fahrgemeinschaften zur bevorstehenden nächsten Großkundgebung in Berlin verabredet.

Renate Adolph

**Heißer Herbst
Kräfte bündeln**

Seite 2

**Mitglieder für
Grundeinkommen**

Seiten 2

**Strausberger
LINKE hörbar**

Seite 3

**Katar ist nur
ein Beispiel**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Kräfte bündeln gegen hohe Preise und Ukraine-Krieg „Bündnis Gerechtigkeit.Jetzt!“ gegründet



Protestdemo am 15. Oktober in Potsdam

Am 30. September hat sich ein breites Brandenburger „Bündnis Gerechtigkeit.Jetzt!“ gegründet. Zu den Erstunterzeichnenden gehört neben Gewerkschaften, Tafeln, AWO, Mieterbund und Volkssolidarität auch DIE LINKE Brandenburg.

Anlass für die Gründung des Bündnisses ist, dass Landes- und Bundesregierung zu wenig Antworten auf die aktuelle Preiskrise geben und dies viele Brandenburger*innen empört, heißt es sinngemäß in einer Presseerklärung des Bündnisses. Deshalb wolle das landesweite Bündnis Druck auf die Brandenburger

Landesregierung machen und sie endlich zum Handeln bewegen.

Unter www.gerechtigkeit-jetzt.org sind alle solidarischen Brandenburger*innen aufgerufen, sich dem Bündnis anzuschließen und den Aufruf mit zu unterzeichnen.

Das Bündnis plant eine langfristige Zusammenarbeit. Nach der Auftaktdemonstration in Potsdam am 15. Oktober sollen weitere landesweite Aktivitäten folgen sowie regionale Ableger gegründet werden.

Sebastian Walter, Landesvorsitzender der Brandenburger LINKEN, kommentiert die Gründung: „Das Bündnis ‚Gerechtigkeit.Jetzt!‘ soll DIE Anlaufstelle für alle Menschen in Brandenburg sein, egal ob sie aktiv werden wollen – gegen die hohen Preise und für mehr Gerechtigkeit – oder sie Hilfe brauchen, weil sie angesichts der hohen Preise in Schwierigkeit geraten sind. Dafür bündeln wir unsere Kräfte!“

Auf der Homepage des Bündnisses finden sich folgende Forderungen:

„Ran an die Preise! Kosten für Energie staatlich regulieren und die Men-

schen vor Mehrkosten schützen.

Ran an die Profite! Krisengewinnler besteuern, Übergewinne abschöpfen und die Bevölkerung damit entlasten.

Ran an die Probleme der Mehrheit! Es geht um gute Löhne und bezahlbare Mieten.

Ran an die Ungleichheit! Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen gezielt unter die Arme greifen, Renten und Sozialleistungen an die höheren Kosten anpassen.

Ran an die Wurzel! Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben. Her mit einem gerechten Steuer- und Sozialsystem.

Wir stehen für einen solidarischen Weg aus der Krise, für ein soziales Brandenburg, für eine offene Gesellschaft, für Frieden und für ein Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Nur gemeinsam in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis können wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern.“

*Berit Christoffers
AG Rote Reporter*

Mitgliederentscheid für „Bedingungsloses Grundeinkommen“

Eine Mehrheit, der teilnehmenden Mitglieder, hat sich beim Mitgliederentscheid für die Aufnahme eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) in die Programmatik der Partei entschieden. Darüber informierte der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Tobias Bank im Oktober.

56,64 Prozent der Mitglieder sprachen sich dafür aus, 38,43 Prozent dagegen. 18.667 Mitglieder gaben gültige Stimmen ab. Die Wahlbeteiligung mit gültigen Stimmen lag damit bei 33,22 Prozent.

Tobias Bank erklärte: „DIE LINKE

kämpft für einen starken Sozialstaat und eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung und wird künftig das Konzept eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) in ihre Programmatik aufnehmen. Der Wunsch eines mehrheitlichen Teils wird nach einem Vorschlag des Parteivorstandes bei einem Parteitag zur Abstimmung gebracht.

DIE LINKE wird sich weiterhin klar gegen Sozialabbau und für einen Sozialstaat, der vor Armut schützt und Aufstiegsperspektiven schafft, positionieren. Unser Modell eines Sozialstaats ist zugleich für alle da,

unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit.

Wir werden unsere Politikfähigkeit in den konkreten Auseinandersetzungen, in Bündnissen und Bewegungen gewährleisten und die notwendige Pluralität und Breite der LINKEN sichern.

Neben den Diskussionen über einen Mitgliederentscheid hat unter den Mitgliedern in den letzten Wochen und Monaten eine intensive Diskussion über die Mittel zur Bekämpfung von Armut und die Befreiung von Schikanen durch das Jobcenter stattgefunden.“

◀ Linke vor Ort

Strausberger Linke gut sichtbar und hörbar

Dahin gehen, wo die Menschen sind, unterstreicht Gianna Faust

Ob 8. März, 1. Mai, Demos gegen Aufrüstungs-Milliarden oder gegen Mietenwahn, Friedensfest, Technik-Beratung – DIE LINKE. Strausberg ist sichtbar und hörbar.

Impulse sprach mit der Vorsitzenden des Stadtverbandes, Gianna Faust.

Gianna, vor einem Jahr hat sich der Stadtvorstand in Strausberg erneuert. Gerade habt ihr akribisch und leidenschaftlich das traditionelle Strausberger Friedensfest gestaltet. Was ist der Motor eures engagierten Wirkens?

Der Motor unseres Handelns ist grundsätzlich erst einmal der Glaube, dass eine bessere Welt möglich ist. Und dass es unsere Verantwortung ist, dafür zu kämpfen. DIE LINKE. wird oft totgesagt, über ihren Zustand diskutiert und um ihre Ausrichtung gestritten. Wir wollen uns darin nicht verstricken. Stattdessen möchten wir die Themen angehen, die uns am Herzen liegen: seien es soziale Fragen, konkret zum Thema Mieten, oder auch Frieden, Feminismus, Umwelt- und Klimaschutz.

Wir möchten zeigen, dass linke Ideen Antworten geben können auf die Fragen unserer Zeit.

Wesentlich ist aber auch, dass wir uns alle miteinander sehr gut verstehen und die Arbeit Spaß macht. Klar, es ist mitunter stressig und immer viel. Aber es bereitet auch Freude, mit tollen Genoss*innen zusammen Sachen zu machen.

Woher kommen eure Ideen? Ich denke zum Beispiel an die Schaufensterdeko über Frauenpower in der Haupteinkaufsstraße oder an die Technik-Beratung in der Geschäftsstelle der LINKEN?

Viele Ideen kommen von anderen Engagierten oder Ortsverbänden. Die Aktion zum Frauenkampftag haben wir mit Genoss*innen und Nicht-Genoss*innen gemeinsam vorbereitet. Gerade Menschen, die erst kurz politisch aktiv sind, haben oft die besten Ideen. Die versuchen wir dann gemeinsam umzusetzen. Wir lernen im Prozess, was am besten funktioniert.

Wie teilt ihr eure Arbeit auf?

Wir praktizieren kollektive Führung. Wir bringen uns also alle nach un-

seren Fähigkeiten und Interessen ein und achten dabei relativ wenig auf formale Rollen und Hierarchien. Wir teilen uns die Arbeit so gut es geht auf. Ehrlich gesagt, ohne diesen Anspruch hätte ich den Vorsitz auch nicht übernommen. Die Arbeit ist einfach zu viel für eine Person.

Wie seid ihr vernetzt mit anderen Organisationen zum Beispiel im Kampf gegen rechts außen?

Einige von uns kommen aus der Antifa-Bewegung, ich zum Beispiel. Wir sind also mit antifaschistischen Personen und Gruppen gut vernetzt. Das Jugendzentrum Horte, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BORg), der VVN-BdA und die S5 Antifa beispielsweise spielen bei unserer Arbeit eine wichtige Rolle.

Auch auf anderen Politikfeldern und in der Zivilgesellschaft ist es total wichtig, persönlich Kontakt zu halten. Wir können nicht warten, bis die Engagierten zu uns kommen – sondern wir müssen dahin gehen, wo sie sind, sei es in Bündnissen, bei Veranstaltungen oder „Küchen für alle“. So können wir uns gegenseitig den Rücken stärken, gemeinsame Ideen und Projekte entwickeln und uns unterstützen.

Was plant ihr für die nächste Zeit?

Wir wollen an den Mieten dranbleiben und gemeinsam den Aktiven im Offenen Mietentreffen und den Genoss*innen in der Fraktion einen sechsjährigen Mietenstopp in Strausberg durchsetzen. Außerdem werden wir ein Aktiventreffen ins Leben rufen, bei dem engagierte Genoss*innen und (noch-)nicht-Genoss*innen miteinander arbeiten, Aktionen planen und Themen besprechen. Wir freuen uns auch immer, wenn Leute mitmachen, Ideen beisteuern, Aufgaben übernehmen und mit anpacken!

Viele Erfolg! Macht weiter so!



Protest gegen Mietenwahn am 8. Oktober in Strausberg

Foto: Maria Düsterhöft

◀ Aus unserer Postmappe

Eindrücke von der Gesamtmitgliederversammlung MOL



Foto: R. Adolph

Mitglieder beraten Proteste im „heißen Herbst“

Am 15.10.2022 wurde auf einer Gesamtmitgliederversammlung (GMV) der LINKEN aus Märkisch-Oderland dazu beraten, wie und in welchen Formen sich die Mitglieder des Kreisverbandes an den Protesten gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung in Fragen der Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beteiligen können und sollten. Die provokante Frage in der Einladung, ob wir unsere Proteste nur auf den fehlerhaften Wirtschafts- und Sozialkurs der Regierung richten sollten, oder es auch mit Protesten zur Außenpolitik der Regierung verbinden sollten, wurde mit großer Mehrheit eindeutig beantwortet, indem bekundet wurde, dass sich die fehlerhafte Außenpolitik sowie die Wirtschafts- und Sozialpolitik einander bedingen und daher unser Protest in seiner Gesamtheit deutlich gemacht werden muss. Beteiligen wollen wir uns vor allem an zentralen Protestveranstaltungen auf Landes- und Bundesebene, die von unserer Partei eigenständig initiiert oder als Bündnisver-

anstaltung unterstützt werden. Einige waren sich die Mitglieder auch, dass es ein gemeinsames Auftreten mit der AfD und anderen rechten Kräften nicht geben kann.

Aktuell wurde aufgerufen, sich aktiv an Bündnisdemonstration zu beteiligen. Die GMV hat sich aber auch dafür ausgesprochen im Landkreis eigenständige Protestaktionen mit öffentlichen Info-Ständen und der Organisation einer „Genug ist Genug“ –Protestaktion in MOL.

Der Unterzeichner verwies u. a. auch auf die aktuelle Protestpetition aus Rehfelde, die gemeinsam mit Vertretern der CDU und des Unternehmerstammtisches initiiert wurde (siehe auch gesonderte Info im Scheinwerfer).

Sehr kritisch wurde erneut auf den innerparteilichen Zustand und das aktuelle Erscheinungsbild der Partei verwiesen, das vor allem auf Bundesebene sichtbar wird. Von Einigkeit und Geschlossenheit für die notwendigen politischen Kämpfe im Herbst 2022 ist auf Bundesebene nicht viel zu sehen.

Die Auseinandersetzungen mit und Parteiausschlussforderungen gegen Sahra Wagenknecht halten auf Bundesebene weiter an. Die GMV hat dies mehrheitlich verurteilt.

Durch Unterzeichner wurde in diesem Zusammenhang auch das Agieren des Parteivorstandes kritisiert, dass sich in einer Sofortinformation über die letzte Beratung des Parteivorstandes vom 08/09.10.2022 dokumentiert. Hier wird in keiner Weise auf die kritischen innerparteilichen Zustände eingegangen und die Kämpfe im „heißen Herbst“ werden weitestgehend reduziert auf Sozialproteste. Vom Kampf gegen die aktuelle deutsche Außenpolitik und Forderungen zur Einstellung von Waffenlieferungen sowie zu diplomatischen Lösungen zur Beendigung des Ukrainekriegs und zum generellen Friedenskampf wird nichts gesagt.

Informiert wurde auch über das Gründungstreffen vom 03.10.2022 von LINKEN aus Brandenburg für einen „Karl-Liebknecht-Kreis“ innerhalb der Partei. Ziel dieser neuen Form des Bekenntnisses und Organisierung ist es, weitere Parteiaustritte zu verhindern, in die Partei hineinzuwirken und einen konsequenten Friedenskampf gegen Krieg, Militarisierung, Kriegskredite und Waffenexporte zu führen. Einer der Gründungsaufreuer und gewählter Sprecher des Kreises ist Niels-Olaf Lüders, der u.a. formulierte, dass wir in der ggw. Phase noch mehr „Sahra“ brauchen. Ob diese neue Form des Bekenntnisses, bei bereits vorhandenen ca. 40 parteiinternen Bekenntnisformen, der Partei wirklich hilft oder noch mehr Zersplitterung bewirkt, war in der GMV strittig.

*Karsten Kopprasch
Rehfelde*

◀ Aus unserer Postmappe

Meine Position zur aktuellen Lage

Der Krieg Russland gegen die Ukraine ist ein Krieg zwischen zwei kapitalistischen Staaten mit einem Aggressor Russland. Beide Staaten haben zudem gewaltige Defizite an bürgerlicher Demokratie aufzuweisen. Wir müssen den Krieg prinzipiell als Mittel der Politik ablehnen. Deshalb ist es politisch richtig, in Krisengebiete außerhalb von EU und NATO keine Waffen zu liefern wie es DIE LINKE fordert. Warum macht das Deutschland trotzdem:

- Weil es politisch nicht um die Beendigung des Krieges geht, sondern um die Ausdehnung des Machtbereiches der NATO unter Führung der USA. Das Versprechen der Europäer nach 1990 die NATO nicht nach Osten auszuweiten, wurde vertraglich bewusst nicht festgelegt. Dafür trägt Gorbatschow die politische Verantwortung.
- Die Kehrtwende, vor allem der SPD, führt nunmehr zu militärischen und wirtschaftlichen Ver-

werfungen, die in ihrer Gänge noch nicht absehbar sind. Mit dem 100 Milliarden Rüstungsprogramm macht die SPD den gleichen historischen Fehler wie 1914, als sie für Kaiser, Volk und Vaterland den Kriegskrediten zustimmte.

- Deutschland begibt sich in einen weltweiten Wirtschaftskrieg und die eigene Bevölkerung. Die Sanktionspolitik ist trotz des russischen Angriffskrieges ein irrsinniger Vorgang. Bisher wurden kriegsführende Staaten wie die USA und die Türkei nie sanktioniert (79 Kriege). Jetzt nimmt man in Kauf, das Weltwirtschaftssystem zu zerschlagen, um die Polarisierung politischer und militärischer Blöcke zu forcieren.

- Die einzige Chance sind Friedensverhandlungen zur Beendigung des Krieges. Friedensverhandlungen sind immer Kompromisse, wo keine der Seiten seine Ziele erreicht, aber danach offen für Verhandlungen sein muss. Egon Bahr 03.12.2013 vor einer Schulklasse:



Foto: R. Adolph

Protestdemo am 3. Oktober in Berlin

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht immer um Interessen von Staaten. Merken sie sich das, egal was ihnen im Geschichtsunterricht erzählt wird.“

Dieter Schäfer
Strausberg

Gründung Liebknechtkreis

Der Einladung zur Gründungsveranstaltung des Liebknechtkreises der Partei DIE LINKE. Brandenburg am 3. Oktober folgten viele Genossinnen und Genossen in die kleine Brandenburgische Stadt Erkner.

In einer der Eingangsreden wurde für mein Verständnis klar dargestellt, dass in einer Zeit, in der DIE LINKE gebraucht wird wie selten zu vor, sich diese in einer existenziellen Krise befindet. Große Teile der Basis lehnen ein weiter so wie bisher ab. Ziel dieses Bündnisses ist es nicht, eine Spaltung der Partei zu initiieren. Dieser Kreis versteht sich auch nicht als neue Strömung in der Partei.

Vielmehr ist ein angestrebtes Ziel, von der Basis Impulse zu geben, in die Partei hinein zu wirken, der

Partei als Teil der linken Bewegung aus ihrem derzeitigen Tief herauszuhelfen und somit die Partei zu erneuern.

Eines der wichtigsten Aufgaben ist es, eine klare friedenspolitische Position einzufordern und als Teil eines breiten Bündnisses aller friedliebenden Kräfte starke Impulse zu setzen, um Aktionen auf die Straße zu bringen, die diesen und folgende Kriege auf diplomatischen Weg beenden bzw. verhindern.

Diese Ziele sehe ich auch als wichtig an und bin gerne bereit, diesen Liebknechtkreis zu unterstützen. Denn je stärker/ größer das Bündnis, desto größer die Erfolgschance.

Carsten Wenzel
Strausberg



◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Es geht um unsere künftige Generation

Linksfraktion besuchte Jugendwerkstatt Hönow

Es duftet nach frischem Kuchen. Zahlreiche Kinder, acht bis zwölf Jahre alt, wuseln vergnügt in den Räumlichkeiten der Jugendwerkstatt Hönow an diesem Nachmittag im Oktober. Sie kicken beim Tischfußball oder sind mit dem Verteilen des Selbstgebackenen beschäftigt.

Am Abend, die Kids sind längst Zuhause, sitzen Mitglieder der Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland um einen großen Tisch in dem ehemaligen Bauernhaus im alten Dorfkern von Hönow. Von der Geschäftsführerin des gemeinnützigen Vereins und freien Trägers der Jugendhilfe, Anja Pleinert, erfahren sie, warum die Arbeit der 26 MitarbeiterInnen so wichtig ist:

Mädchen und Jungen können sich hier ausprobieren, beweisen und ihre Umwelt entdecken. Dafür sorgen die sehr engagierten, professionellen ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen mit vielfältigen Angeboten. Sie begeben sich mit den Heranwachsenden in den Wald, um Hütten zu bauen, ins Abenteuercamp mit richtigen Tipis, auf Paddeltour in Polen, fahren mit ihnen Rad bis zur Ostsee

oder haben Winterspaß mit dem Ski- und Snowboard in Tschechien. Anja Pleinert berichtet, dass diese Fahrten zumeist Bildungsreisen sind: Gemeinsame Erlebnisse mit und in der Natur sowie mit und in der Gruppe.

Zudem werde ohnehin sportliche Betätigung in der seit 1994 bestehenden erfolgreichen Einrichtung groß geschrieben: Fußball, Schwimmen, Schlauchbootfahren, Paddeln, Wandern, Radfahren, Jigger.

Legendär und immer gut von Klein und Groß besucht, sind zudem die alljährlichen Walpurgisfeuer und Adventsfeste mit Basteln, Hüpfen, Feuerschlucker und Live-Musik. Sie finden in der Außenanlage des zum Haus gehörenden Vierseitenhofes statt, den die zuständige Gemeinde Hoppegarten für die so wichtige offene Kinder- und Jugendarbeit per Erbbaurecht zur Verfügung gestellt hat.

Verlässlicher Ansprechpartner in der Jugendhilfe

Aber auch schulbegleitende Sozialarbeit, Hilfen bei der Erziehung in Familien mit Problemen sowie die Begleitung junger Mütter sind wichtige Säulen erfahren die

Kreistagsabgeordneten. Viele Familien, Kinder und Jugendliche benötigten Ansprechpartner und Angebote, um ihr Leben eigenverantwortlich und gemeinschaftsfähig gestalten zu können.

Über den Schulalltag hinaus können Schüler und

Lehrer zusammen mit den Fachkräften soziale Kompetenzen, handwerkliches Geschick, Kreativität und Natur neu erleben. Die Jugendwerkstatt kooperiere dazu bereits seit mehreren Jahren mit zahlreichen Schulen im gesamten Landkreis, erzählt Anja Pleinert.

Zu den vielfältigen Tätigkeitsbereichen gehöre auch die aufsuchende Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen sowie stationäre und ambulante Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Kinder- und Jugendarbeit braucht Unterstützung

Die Geschäftsführerin macht zugleich aufmerksam: Die zahlreichen Projekte benötigten nicht nur fachliche Kompetenz und großes Engagement, sondern auch ausreichende finanzielle Zuwendungen der Gesellschaft. Mehrere Gemeinden und Partner in Märkisch-Oderland stellen Mittel für einzelne Aufgaben zur Verfügung.

Schließlich müssten Gehälter gezahlt werden, die zum Teil viel zu gering sind. Das alte Bauernhaus müsse immer wieder von Schimmel sowie Altlasten befreit und weiter ausgebaut werden, trotz massiv gestiegener Preise in den zurückliegenden Jahren.

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses im Kreistag, Uwe Salzwedel, weist in diesem Zusammenhang auf die mögliche Nutzung des Kreisentwicklungsbudgets, das auf die Ausstattung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausgerichtet ist.

Die Abgeordneten zeigen sich beeindruckt von der tollen Tätigkeit des Teams. Schließlich geht es um die Kinder, um unsere künftige Generation.

Renate Adolph



Foto: Jugendwerkstatt Hönow e.V.

◀ **Weltenbummler**

Menschenrechtsverstöße nicht nur in Katar

Über seinen Aufenthalt in Katar sprach Impulse mit Mario Eska. Der Neuhardenberger ist im Bereich Medientechnik selbständig tätig und Mitglied der Linksfraktion im Kreistag MOL.

Mario, am 20. November beginnt in dem arabischen Land die Fußballweltmeisterschaft. Was hat dich vor einigen Jahren dorthin verschlagen?

In den Studios des Fernsehsenders „Al Jazeera“ habe ich eine Neuverkabelung zur Umstellung von Analog auf Digital vorgenommen.

Dem WM-Gastgeber werden Menschenrechtsverletzungen u. a. beim Bau der Stadien vorgeworfen: Katastrophale Arbeitsbedingungen, ungerechte Löhne, Verletzte und Tote. Hast du während deines Aufenthaltes etwas davon mitbekommen?

Die WM wurde 2010 an Katar vergeben. 2016/17 waren die Bauarbeiten in vollem Gange. Wenn man von Verstößen gegen Regeln sprechen wollte, dann müsste es Regeln geben.

Katar hat etwa 2,7 Millionen Einwohner. Davon sind nur rund 10 Prozent einheimische Staatsangehörige. 90 Prozent machen Arbeitsmigranten ohne katarische Staatsbürgerschaft aus. Für die Bauarbeiter unter diesen 90 Prozent gab es zumindest damals keine Regeln. Sie wurden und werden schlichtweg ausgebeutet. Sie teilen damit das Schicksal vieler Arbeitsmigranten auf der ganzen Welt, auch in der Bundesrepublik, erinnert sei u. a. an die Gastarbeiter aus Osteuropa bei Tönnies. Daher verstehe ich die nunmehr lautstark vergossenen, einseitigen Krokodilstränen kaum. Denn um diesen Umstand zu ändern, müsste man den Kapitalismus abschaffen.

Wie schätzt du die politische Situation ein?

Ich denke, sie ist stabil. Katar ist ein Land, das über unermesslichen Reichtum an Bodenschätzen verfügt. Diesen verdankt es eines der höchsten Bruttoinlandsprodukte pro Einwohner in der Welt. Die 10 Prozent Kataris erhalten ein Grundeinkommen. Damit sind sie deutlich privilegiert. Über die undemokratischen, autokratischen Verhältnisse in dem, besonders durch die Religionsregeln, unfreien Land, beschwert sich allerdings kaum jemand.

Was beeindruckte dich in dem fernen Land?

Ganz eindeutig der Reichtum. In Katar, insbesondere in der Hauptstadt Doha, ist Vieles verschwenderisch, schick, groß, pompös, bunt. Ich würde es als Reizüberflutung bezeichnen. Dort wurde in einer Wüste eine Stadt geschaffen, die sagenhaft grün ist. Die Häuser sind klimatisiert, auch bei teilweise über 40 Grad Celsius. Aber genau das hat in mir ein ständiges Kopfschütteln verursacht. Diese künstliche Welt, diese Verschwendung an Ressourcen haben in mir ein ständiges Unbehagen ausgelöst.

Welche Begegnungen hattest du mit Land und Leuten?

Auf der Suche nach kleinen Musikclubs oder ähnlichen kulturellen Orten bin ich in Doha zu meinem Bedauern nicht fündig geworden. Aber ich habe eine Gaststätte entdeckt, die an jedem Freitag eine „Sundowner-Party“ organisierte. Dort haben die Leute ausgelassen am Strand zu Techno-Musik gefeiert, wie ich es hier nicht für möglich gehalten hätte. Ich habe auch erlebt, dass in internationalen Hotels, in diesem Land mit absolutem Alkoholverbot, Kataris in Hülle und Fülle saßen und sich gegenseitig zuprosteten. Was für



Mario Eska in Katar

eine verlogene Gesellschaft!

Jetzt muss ich noch einmal auf die Gastarbeiter zurückkommen. Taxi-Fahrer, Security, Verkehrspolizisten, Kassiererinnen, Gaststättenpersonal, Arbeiter, in ihrer Freizeit beim Strandspaziergang - alle waren immer nett, und freundlich, augenscheinlich auch in ihren bescheidenen Verhältnissen glücklich. Eine Mentalität, die ich sehr schätze.

André Hahn, sportpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag:

„Die Menschenrechte müssen in allen Bereichen internationaler Zusammenarbeit eine zentrale Rolle spielen, auch beim Sport. Das war bei der Vergabe der Fußball-WM für 2022 durch die FIFA leider nicht der Fall, und Deutschland, vertreten durch Franz Beckenbauer, leistete hier offenbar Schützenhilfe für den Bewerber Katar.“

Ich erwarte von nationalen und internationalen Sportverbänden sowie von der Bundesregierung, dass die Einhaltung der Menschenrechte überall, ob in der Wirtschaft oder im Sport, als ein nicht verhandelbares Kriterium gelten muss.“

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

jeden 1. Dienstag im Monat

9.30 -11.30 Uhr

und jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 18. Nov. 2022

Erscheinen: 1. Dez. 2022

Treffpunkt Große Straße 45**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.****Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr****DIE LINKE hilft bei Technik:
Computer, Handy, Geräte**jeden 3. Sonntag im Monat,
11–13 Uhr vor Ort oder per
Video: bit.ly/03341**DIE LINKE hilft :
Kostenlose Rechtsberatung**jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
vor Ort oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>**Der Kreisvorstand
der LINKEN MOL**berät am 24. November,
18.30 Uhr im LinksTreff,
Breite Straße 9, 15306 Seelow.**Die Linksfraktion
des Kreistages** befasst sich
mit dem Haushalt MOL 2023
26. November, 9 Uhr,
Bürgerhaus, Landsberger Str. 20,
15345 Altlandsberg / OT Bruch-
mühle.

Unter dem Motto

„Schluss mit teuer“finden jeden Dienstag
am Marktplatz

Frankfurt (Oder)

um 18 Uhr

Kundgebungen eines
breiten Bündnisses u. a.

der LINKEN und

Gewerkschaften statt.

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat